

„Zuwanderung ist kein Allheilmittel“

Die deutsche Bevölkerung wird bis 2050 von 82 auf 70 Millionen Menschen schrumpfen, so neue Prognosen von Statistikern. Katrin Nordwald sprach mit dem Migrationsforscher Klaus J. Bade.

Die Geburtenzahl ist in Deutschland seit 1965 um 40 Prozent zurückgegangen. Was sind die Gründe dafür?

Bade: Es ist eine Entwicklung, die schon im späten 19. Jahrhundert begann und sich durch das ganze 20. Jahrhundert zog. Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es noch einmal die starken Jahrgänge und danach nahm die Bevölkerung weiter stark ab. Man redet von dem so genannten Pillenknick, das hat aber nichts mit der Pille zu tun, sondern mit dem Mentalitätswandel. Die Pille war nur das Mittel zum Zweck. Die Leute hatten andere Werte, andere Vorstellungen vom Leben, sie sahen nicht mehr die Notwendigkeit wie im 18. Jahrhundert, Kinder als Alterssicherung zu verstehen. Frauen gingen nun ebenfalls einem Beruf nach. So hat sich das ganze Familiengefüge verschoben.

Die niedrige Geburtenrate ist ein Problem. Es gibt immer weniger Deutsche.

Bade: Und die werden immer älter. Die Relation zwischen Erwerbstätigen und Rentnern wird sich bis 2050 umgekehrt haben. Es kommen heute auf 100 Erwerbstätige etwa 40 Rentner, im Jahr 2050 werden es voraussichtlich 75 bis 80 Rentner sein. Es wird also im Bereich der Renten ein erhebliches Problem geben: Die jungen Menschen, die dann nur noch ein Drittel der

Gesellschaft stellen, müssen mehr zahlen, um die immer größere Zahl von Rentnern zu unterstützen. Dagegen werden sie selbst im Alter weniger haben. Durch die Vergreisung der Gesellschaft wird auch die Wirtschaft an Dynamik verlieren.

Wann kommen wir an den Punkt, an dem unser Rentensystem nicht mehr ausreicht?

Bade: Wenn das heutige Niveau gehalten werden soll, haben wir den Punkt längst überschritten. Wir werden mit den Renten herunter gehen und das Renteneintrittsalter hochsetzen müssen. Wir werden dafür sorgen müssen, dass Menschen auch im fortgeschrittenen Alter innovativ bleiben, und wir werden uns darauf einrichten müssen, dass wir weniger Geld zur Verfügung haben.

Seit 1980 sind die Daten über die Bevölkerungsentwicklung bekannt. Warum hat die Politik nicht reagiert?

Bade: Noch bis vor wenigen Jahren hatten viele Politiker zu demographischen Modellrechnungen ein Verhältnis wie zur Wettervorhersage. Sie nahmen die Zahlen so hin, glaubten, in der nächsten Legislaturperiode würden neue ermittelt. Es war nicht in ihre Köpfe reinzukriegen, dass dies Modelle mit ganz geringen Fehlabweichungen sind. Es handelt sich um jahrzehntelange Entwicklungstrends, in die man nicht eingreifen kann wie in die Tarifpolitik. Das haben viele Politiker unterschätzt.

Was müssen die Politiker also tun?

Bade: Sie müssen über eine neue Rentenformel nachdenken. Das wird jetzt auch getan, aber 20 Jahre zu spät. Sie müssen ferner

darüber nachdenken, welche Rolle das Problem der Zuwanderung spielen soll.

Könnte ein verstärkter Zuzug von Ausländern den Trend denn aufhalten?

Bade: Diese Zuwanderung, die wir mit Sicherheit auf Dauer brauchen werden, ist kein Allheilmittel. Abstürzende Geburtenraten kann man durch Bevölkerungsimport zwar kurzfristig abbremsen, aber nicht ausgleichen. Erstens werden auch die Einwanderer älter und zweitens passen sie sich in ihrem Geburtenverhalten der Gesellschaft an. So müsste man ständig mehr und neue Ausländer ins Land holen, um eine Balance zu schaffen. Doch irgendwann



Klaus J. Bade (Foto: nh)

wäre die Grenze erreicht, wo Integrationsprobleme kaum noch zu bewältigen wären. Zuwanderung kann also nur ein Beitrag unter anderen sein, und der ist nur dann sinnvoll, wenn die Ausländer sozialversichert von ihrem eigenen Einkommen leben können. Die Zahl der Sozialhilfe-Empfänger würde sonst steigen, während die der Beitragszahler schrumpft.

Wie könnte diese Entwicklung umgangen werden?

Bade: Durch klare Migrationskriterien, auf die sich die Zuwanderer einstellen können. Deutschland ist ein Einwanderungsland, das in gewissen Grenzen das Recht haben muss, sich seine Einwanderer auszusuchen. Die Politiker müssen darüber nachdenken, in welchem Umfang Zuwanderer gebraucht werden und für welche Bereiche. Doch das allein ist keine Lösung. Wir brauchen eine Generaldiskussion zum Thema Zukunft, die wir immer noch zu wenig führen.

Was muss dabei beachtet werden?

Bade: Es ist wichtig, dass die wirtschaftlichen, politischen, gesellschaftlichen und was Einwanderung angeht auch kulturelle Fragen in einem Zusammenhang gesehen werden. Um so eine Diskussion zu führen, fehlt auf Bundesebene jedoch der Gesprächspartner, eine zentrale Institution. Die Lösung wäre ein Amt für Migration und Integration, das ähnlich wie das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung Konzepte ausarbeitet, die Entwicklung verfolgt und so den Gesamtzusammenhang im Auge behält. Statt dessen wurden die Bereiche getrennt in einen Flüchtlings- und Asylbeauftragten, einen Ausiedler- und einen Ausländerbeauftragten. Die stehen sich zum Teil nur im Weg.

Professor Klaus J. Bade lehrt an der Universität Osnabrück und ist Mitbegründer des bundesweiten Rats für Migration. Mitte August erscheint sein Buch „Europa in Bewegung: Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart“.

HNA 28.7.2000